



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 01.03.2023

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 8. März 2023, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 21-S-00-0002
Eröffnung durch den Stadtverordnetenvorsteher
2. 21-S-00-0003
Wahl der/des Vorsitzenden
3. 21-S-00-0004
Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden

4. 21-S-00-0005

Wahl von Verwaltungsbediensteten zu Schriftführerinnen/Schriftführern

5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 25.01.2023

6. 23-F-15-0005

Aktuelle Flüchtlingssituation in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 28.02.2023 -

Steigende Flüchtlingszahlen belasten die Gebietskörperschaften in Deutschland zunehmend. Es gibt Gemeinden, Städte und auch Landkreise, die in aller Öffentlichkeit, nämlich „in Brandbriefen“ an Bundes- und Landesregierung (WK vom 28.02.2023 - Seite 5), um Hilfe rufen. Vor allem bei der Unterbringung stoße man an Grenzen.

In den letzten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie hat der Magistrat regelmäßig mündlich berichtet. Allerdings waren diese Berichte sehr punktuell, so dass man schnell den Überblick verlieren konnte. Deshalb ist jetzt der Zeit gekommen, um zusammenfassend eine schriftliche Übersicht zu erhalten.

Deshalb wird der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. wie viele Asylbewerber bzw. Flüchtlinge sich zur Zeit insgesamt in Wiesbaden aufhalten,
2. wie hoch der Zuwachs dieses Personenkreises in 2022 gewesen ist und in welchem Verhältnis dieser Zuwachs zu den Zahlen 2020 und 2021 steht,
3. welche die fünf größten Unterkünfte für Asylbewerber bzw. Flüchtlinge aus der Ukraine im Augenblick sind und wieviel noch geplant sind und
4. ob und wie viele Sozialwohnungen für den Personenkreis aus Frage 3 zur Verfügung gestellt wurden?

7. 23-F-10-0001

Selbstbestimmt wohnen mit Versorgungssicherheit
- Antrag der AfD-Fraktion vom 01.03.2023 -

Im Rahmen der zweiten Ausgabe der digitalen Veranstaltungsreihe „Jetzt aber mal grundsätzlich“, stellte Matthias Riedmann vom Amt für Soziale Arbeit Anfang Februar diesen Jahres das Bielefelder Modell vor. Dort heißt es, dass aufgrund des demographischen Wandels das Thema „selbstbestimmtes Wohnen“ mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Mit der Zunahme des Anteils älterer und hochbetagter Menschen in unserer Gesellschaft nimmt auch die Zahl der pflegebedürftigen Menschen zu und somit der Bedarf an barrierefreiem Wohnraum und quartiersbezogenen, niederschweligen Versorgungsangeboten.

Auch immer mehr jüngere Menschen mit Behinderungen wünschen sich eine eigene Wohnung, in der sie selbstbestimmt nach Bedarf Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen können.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Kinder, Familien und Wohnen wolle beschließen,

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. In welchen Altenwohnanlagen der LHW wurden bereits Ansätze des Bielefelder Modells umgesetzt?
2. In welchen Wohnanlagen der LHW lassen sich zumindest Ansätze des Bielefelder Modells kurzfristig umsetzen?
3. In welchen Wohnanlagen der LHW sind die Voraussetzungen wie ein Gemeinschaftsraum bereits vorhanden?
4. Wie hoch ist der finanzielle Aufwand Voraussetzungen wie z.B. Betreuungsangebote in Gemeinschaftsräumen für ein gemeinsames Essen in allen Altenwohnanlagen der LHW zu schaffen?

8. 23-F-16-0003

Geförderter Wohnungsbau

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 01.03.2023 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden gehört zu den Städten in Deutschland mit der höchsten Mietbelastung.

Laut dem Wiesbadener Kooperationsvertrag vom Juli 2022 müssen 57,5% aller Mieterhaushalte mehr als 30% ihres Einkommens für Miete und Nebenkosten aufwenden; 32,5% zahlen mehr als 40% und 17,4% mehr als 50% ihres Einkommens. Betroffen seien vor allem Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen.¹

Für bezahlbaren Wohnraum müsste aus marktwirtschaftlicher Sicht zum einen mehr Wohnfläche zur Verfügung gestellt werden, um die Nachfrage zu sättigen, zum anderen sollte das Segment der öffentlich geförderten Wohnungen nicht aus dem Fokus geraten.

Letzteres ist in Bezug auf Wiesbaden und die vorliegenden Zahlen zu kritisieren, wie ein Artikel aus der FAZ vom 27.02.2023 nahelegt.

Trotz der Ambition der Landeshauptstadt Wiesbaden 1030 geförderte Neubauwohnungen in den nächsten Jahren zu bauen, ergibt sich die Frage wie mit der aktuell erschwerten Situation den gestiegenen Zinsen, dem Fachkräftemangel, mit Materialengpässen und mit übermäßiger Bürokratie dieses Ziel zu realisieren ist.

Im Allgemeinen ist ein Trend der Stornierungen im Wohnungsbau in Deutschland zu erkennen. Gerade erst hat Deutschlands größter Immobilienkonzern Vonovia den Stopp sämtlicher Neubauprojekte für 2023 verkündet.²

¹ Kooperationsvertrag S.28

² <https://www.handelsblatt.com/finanzen/immobilien/immobilien-wohnungsbau-in-deutschland-wird-immer-schwieriger/28971416.html>

Der Ausschuss möge beschließen:

der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie sich die oben genannten Probleme auf den geförderten Wohnungsneubau in Wiesbaden auswirken.
2. Ob auch in der LHW bereits Wohnungsbauprojekte, vor allem im geförderten Wohnungsbau, storniert wurden.
3. Was der Magistrat zu tun gedenkt, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden?

9. 23-F-69-0011

Jungenberatungsstelle

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 01.03.2023 -

Am 24.01.2023 wurde im Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit Wildwasser e.V., ein Verein gegen sexuelle Gewalt, der seit 1987 eine Fachberatungsstelle in Wiesbaden unterhält, vorgestellt. Berichtet wurde, dass die eingerichteten Beratungsstellen bisher ausschließlich Mädchen und Frauen unterstützen. Ergebnis des Ausschusses war, eine Beratungsstelle für Jungen einzurichten, da 1/3 der Anfragen an den Verein von Jungen kommen.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. von welcher Zahl männlicher Opfer sexueller Gewalt man im von Wildwasser betreuten Gebiet ausgeht (und wie viele weibliche Opfer im Vergleich).
2. welche Angebote es für männliche Opfer sexueller Gewalt in Wiesbaden gibt.
3. welcher potentielle Bedarf für Angebote in vergleichbarer Qualität wie von Wildwasser für männliche Opfer besteht.
4. ob potentielle Partner bekannt sind, mit denen man ein solches Angebot aufbauen könnte.

10. 23-F-63-0026

Beitritt zum interkulturellen Städteprogramm des Europarats prüfen

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke -

- Der Antragstext wird nachgereicht -

11. 23-A-79-0002

Sachstandsbericht zur Lage der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

12. 23-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

13. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 22-F-69-0054

ANLAGE

Sachstandsbericht Wiesbadener Integrationsvereinbarung
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 19.10.2022 -
- Bericht des Dezernates VI vom 13.02.2023 -

2. 22-V-51-0022

Neubau Stadtteilzentrum (STZ) Pörschacher Straße und Neubau Eltern-Kind-
Wohngemeinschaft (EKWG) mit Kinder-Eltern-Zentrum (KIEZ)

*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 07.03.2023; die Beratungsunterlagen
werden nachgereicht -*

3. 22-V-51-0041

DL 05/23-3

Koordination "Wiesbaden International" - Verstetigung der Aufgaben im Bereich der
internationalen Jugendarbeit im Sachgebiet "Bilden, Beteiligen, Kinder,- und Jugendkultur" der
Abteilung Jugendarbeit

4. 22-V-51-0046

DL 05/23-4

Beschluss Richtlinie Verfügungsfonds Städtebauförderung und Umsetzung in den
Programmgebieten Sozialer Zusammenhalt Biebrich-Mitte und Gräselberg

Seite 6 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am 8. März 2023

5. 23-V-51-0009

Anmietung von Verwaltungsflächen für Dez. VI / Amt 50 und 51 und eines Bürgersaales für Dez.
I / Amt 10 im noch durch die SEG zu errichtendem Neubau als Nachnutzung des Geländes
Freiherr-vom-Stein-Schule, Straße der Republik 2b

*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 07.03.2023; die Beratungsunterlagen
werden nachgereicht -*

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher